

Von Daniel Claeßen

Gestörte Kommunikation



In der Kommunikationspsychologie gibt es das Vier-Seiten-Modell. Es besagt, dass eine Nachricht unterschiedliche Botschaften transportiert. Wenn ich zum Beispiel sage „Hier zieht’s“, dann bedeutet das auf der Sachebene, dass ein Windzug durch die Redaktion geht. Auf der Senderebene sage ich: „Mir ist kalt.“ Auf der Beziehungsebene frage ich meine Kollegen: „Geht es euch nicht auch so wie mir?“ Und schließlich bedeutet mein Satz auf der Appellebene: „Mach gefälligst einer das Fenster zu.“

»Auf der Beziehungsebene sieht es verheerend aus.«

Gut möglich, dass sich die Mehrheit des Rates dieses Modells nicht bewusst war, als sie über die Derivatgeschäfte und den Vergleich debattiert hat. Die Nachricht, die vom obersten Gremium der Stadt an die Öffentlichkeit und damit an die Bürger gesendet wurde, lässt sich auf der Sachebene in etwa so zusammenfassen: „Die Stadt Lünen muss 34 Millionen Euro mehr ausgeben als ursprünglich geplant.“ Doch nicht nur einem Kommunikationspsychologen hätte klar sein müssen, dass es bei dieser sachlichen Äußerung kaum bleiben kann.

Mit der Senderebene wird es schon deutlich schwieriger. „Wir haben soviel Geld, da tun uns 34 Millionen Euro nicht weh“ – so müsste man die Aussage interpretieren, wenn man es nicht besser wüsste. „Blöd gelaufen, aber wir sind

nicht schuld, schließlich haben wir auf die gehört, die es besser wussten“, trifft es schon eher. Wobei das „Blöd gelaufen“ ja eine Art Eingeständnis voraussetzen würde, und das ist am Donnerstag definitiv nicht übermittelt worden. Die Schuld auf andere zu schieben, ist in der Politik ein weit verbreiteter Reflex, wobei nicht nur in diesem Fall die Botschaft lautet: „Wir hatten selber keine Ahnung von dem Zeug, aber es hörte sich halt gut an.“

Klingt alles nicht zufriedenstellend und deshalb ist auch nicht überraschend, dass es auf der Beziehungsebene verheerend aussieht. Das Signal an die Bürger könnte hier lauten: „Es ist zwar euer Geld gewesen, aber eigentlich geht es euch gar nichts an.“ Details zum Deal hat schließlich keiner erfahren, und die wird auch künftig niemand preisgeben – „zum Wohl der Stadt“, versteht sich. Leider steht dieser Spruch in krassem Gegensatz zu allen Botschaften, die auf den verschiedenen Ebenen bei den Bürgern ankommen – und kann deshalb auch nicht ernst genommen werden.

Auf der Appellebene lautete die Botschaft an die Bürger am Donnerstag: „Das ist jetzt nun mal so, also nehmt es hin.“ Gut, was soll ein Bürger auch anderes machen in einer solchen Situation? Rein rechtlich ist es ihm untersagt, seine Steuerzahlungen trotz des leichtsinnigen Umgangs von Politik und Verwaltung mit eben diesen Geldern anzupassen. Und mit brennenden Fackeln und Mistgabeln zum Rathaus zu ziehen, ist ja irgendwie auch nicht mehr zeitgemäß. Folglich heißt es: Kröte schlucken und warten, ob der Frosch bis zur nächsten Wahl im Hals bleibt – jenem Zeitpunkt, an dem ein Bürger Politik und Verwaltung eine ziemlich unmissverständliche Botschaft senden kann.

Meine Woche